

DenizBank AG 



Finanzmarktreport

Ausgabe 2/2013

DenizBank AG
Economic Research and Development



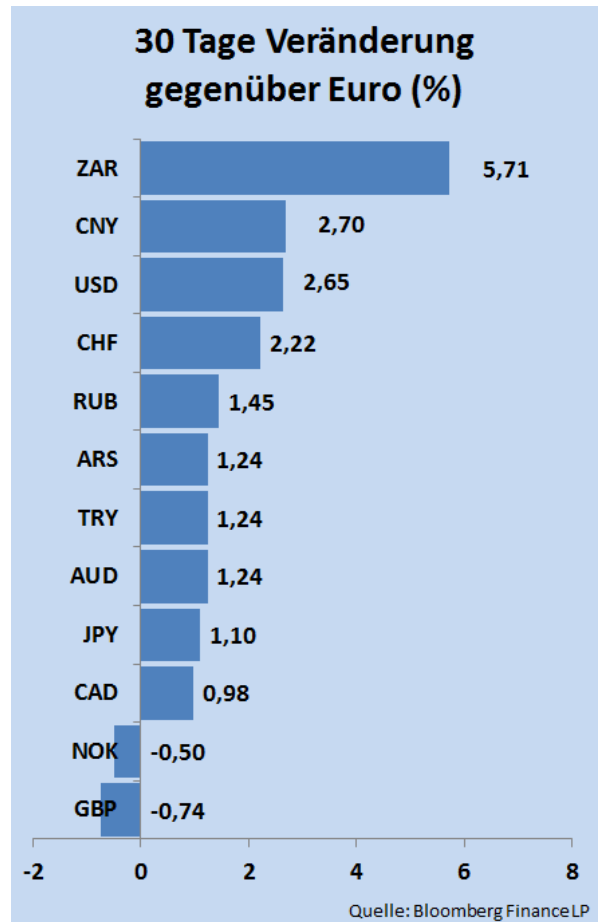
Inhaltsverzeichnis

1. Währungen	2
1.1. Hauptwährungen gegenüber Euro	2
1.2. EUR/USD	3
2. Staatsanleihen	4
3. Aktien Indizes.....	4
3.1. ATX	4
3.2. Börse Istanbul (IMKB)	5
4. Rohstoffe	5
4.1. Metalle	5
4.1.1. Gold	5
4.1.2. Platin.....	6
4.2. Energie	6
4.2.1. Rohöl	6
5. Märkte – Monatliche Entwicklung.....	7
6. Konjunktur	8
6.1. Preisentwicklung Österreich.....	8
6.1.1. Verbraucherpreise	8
6.1.2. Großhandelspreise.....	8
6.2. Einkaufsmanager Indizes	9

1. Währungen

1.1. Hauptwährungen gegenüber Euro

In der Berichtsperiode von 28.1. bis 28.2.2013 haben fast alle Währungen gegenüber dem Euro aufgewertet. An erster Stelle liegt der südafrikanische Rand mit einem Plus von 5,71 Prozent in 30 Tagen. Die Streiks in der Platinmine Marikana hatten den Rand seit August 2012 belastet. Dazu kamen noch die Downgrades von Moody's und S&P ab September. 53 Prozent der Exporte Südafrikas stammen vom Bergbau da das sehr reich an Bodenschätzen ist. Hierbei ist anzumerken dass Platinpreise im Februar, seit langem wieder, über den Goldpreisen gelegen sind. Für die jüngste Aufwertung des Rand sind internationale Investoren verantwortlich die südafrikanische Staatsanleihen kauften. Ende 2012 hielten internationale Investoren 35,9 Prozent von südafrikanischen Staatsanleihen, im Gegensatz zu lokalen Pensionsfonds mit 29,8 Prozent. Internationale Investoren kauften 2012 rekordhohe 92,4 Milliarden Rand südafrikanische Staatsanleihen. Denn 10 jährige in Rand begebene Staatsanleihen bieten auch für Entwicklungs und Schwellen Länder Verhältnisse sehr hohe Renditen. Das südafrikanische BIP wird 2013 um revidierte 2,7 Prozent wachsen (vormals 3 %). Dies ist für ein Schwellenland eher gering. Das Aussenhandelsdefizit wird in den kommenden 3 Jahren im Durchschnitt revidiert 6,2 Prozent des BIP betragen kündigte Finanzminister Pravin Gordhan an (vormals 5,6 %).



An zweiter Stelle liegt der chinesische Yuan. In der Volksrepublik China werden die staatlichen Spitzenämter zum ersten mal seit 2003 neu vergeben. Zentralbank Gouverneur Zhou wird nicht im Amt bleiben da er mit 65 Jahren die Altersanforderung nicht erfüllt. Es wird schon nach Formeln gesucht um ihn zum Vizegouverneur zu machen. Zhou war es, der die Zinsliberalisierung eingeleitet hat und den Yuan von der Dollar-Bindung gelöst hatte. Seit Juli 2005 hat der Mittelkurs der Bindung 8,11 Yuan pro Dollar betragen. In den 80er Jahren war die Bindung sogar bei 2 Yuan pro Dollar. Die chinesische Nationalbank hatte damals durch gezielte Devisenmarktinterventionen für ein Einhalten des vorgegebenen Wechselkurses gesorgt und ihre Devisenreserven vermehrt.

Der schweizer Franken hat in der Berichtsperiode ein Plus von 2,2 Prozent gegenüber dem Euro erzielt. Das Hoch seit der Einführung des Mindestkurses von 1,20 CHF pro Euro hat am 17. Januar 1,2484 betragen. Parallel zum seit Anfang Februar wieder anziehenden Franken sind auch die Guthaben schweizer Banken bei der Nationalbank gestiegen. SNB-Präsident machte erst unlängst wieder klar dass er am Mindestkurs festhalten wird.



1.2. EUR/USD

Die vorzeitige Rückzahlung des ersten außerordentlichen dreijährigen Refinanzierungsgeschäftes an die EZB hatte den Euro zu Beginn Februar auf über 1,36 U.S. Dollar gebracht. Führende Politiker und Zentralbank Gouverneure aus der Eurozone verkündeten schon, dass das Schlimmste der Krise vorbei sei.

Als die Niederlande am 3. Februar den angeschlagenen Finanzkonzern SNS Reaal verstaatlichen mussten hat sich das Blatt aber gewendet. Der frische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem

sprach von zunächst 3,7 Milliarden Euro Kosten der Rettung. Die SNS Reaal ist mit Vermögenswerten von 134 Milliarden Euro der viertgrößte Finanzkonzern der Niederlande. Diese Rettung zeigte wie fragil das Bankensystem noch immer ist.

Das Tauziehen um das EU-Budget zwischen London und Berlin hat den Abwertungstrend des Euro fortgesetzt. Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten wollten im zweiten Anlauf den Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 finalisieren. Es ging um rund eine Billion Euro. Ein erster Anlauf war im November gescheitert. Auch diesmal haben sich die Verhandlungen als sehr schwierig erwiesen.

Als weitere Risiken haben sich die politische Situation in Spanien und Italien erwiesen. Neben der Rekordarbeitslosigkeit in Spanien haben die Korruptionsvorwürfe gegenüber Premier Rajoy bereits zu Rücktrittsforderungen geführt. Die Unsicherheit über den Wahlausgang in Italien und die Zweifel ob die neue Regierung in der Lage und willens sein wird die Reformen Monti fortzusetzen sorgten für die Fortsetzung des Schwebeszustandes an den Finanzmärkten. Darüber hinaus ist durch den Skandal um die Monte dei Paschi auch Italiens Finanzsystem wieder verstärkt ins Bild geraten.

Ihre Konjunktur hat Frankreich zum neuen Sorgenkind Europas gemacht. Die Wirtschaftsleistung sank im vierten Quartal 2012 um 0,3 Prozent und wir erwarten, dass sich die Talfahrt zu Jahresbeginn fortsetzen wird. Die Regierung in Paris hat bereits eingeräumt, dass sie ihr Defizitziel von 3 Prozent des BIP verfehlen wird. Etliche Euro-Partner haben angedeutet dass Sie die strukturellen Reformen der Regierung Hollande für nicht ausreichend halten. Die Staatsausgaben in Frankreich gehören mit 57 Prozent der Wirtschaftsleistung zu den höchsten in Industrieländern.

In Bezug auf den U.S. Dollar wurden die Berichte des Arbeitsmarktdienstleisters ADP und des *Bureau of Labor Statistics* veröffentlicht. Die Beschäftigung im privaten Wirtschaftssektor der USA ist stärker gestiegen als erwartet. Die „schlechten“ Nachrichten aus dem Euroraum kombiniert mit den „guten“ Nachrichten aus den USA haben den Kurs





EUR/USD im Februar auf bis zu 1,3021 am 26. Februar gebracht. Das Monatshoch war bei 1,3696 am 2. Februar. Diese Marge von 675 Pips (Basispunkten) ist ungewöhnlich hoch für den Zeitraum von 30 Tagen.

2. Staatsanleihen

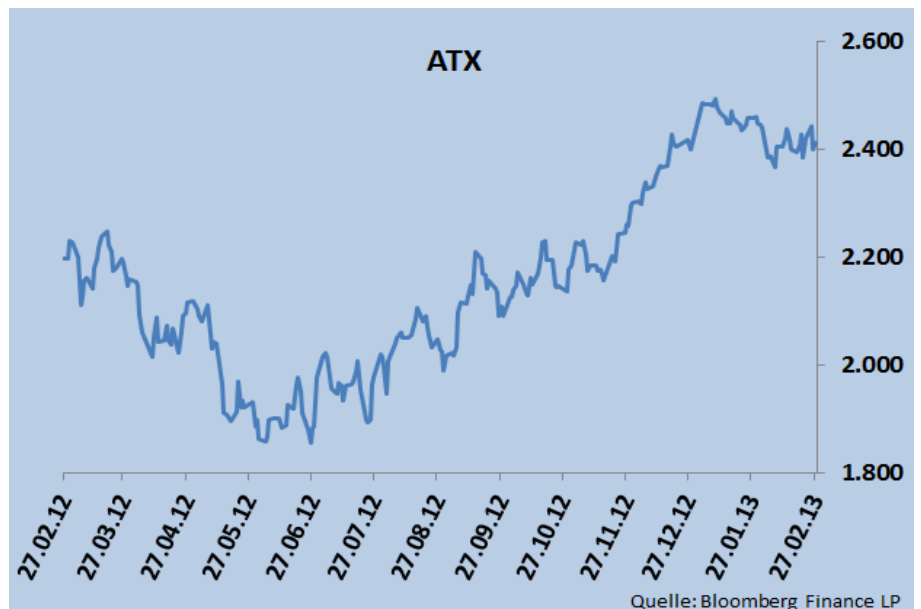
Im Euroraum gibt es ein Auseinanderklaffen von Staatsanleihen Renditen. Während die als sicherer Hafen geltenden Deutschen und Österreichischen Renditen für 10 Jahrespapiere unter 2 Prozent sind, müssen sogenannte Peripheriestaaten wesentlich mehr dafür bezahlen. Portugal, Spanien und Italien zahlen über 5 Prozent für die gleiche Laufzeit. Während Deutschland einen hohen Euro schätzt um keine Inflationsrisiken zu haben, wünschen sich die Peripherieländer eine eher schwächere Währung um ihre Exporte aufzukurbeln.

Die Unklarheit nach den italienischen Wahlen in der letzten Februarwoche hat wieder Unsicherheit an die Anleihemärkte gebracht. Allen voran sind portugiesische Renditen gefolgt von Spanien und Italien gestiegen. Die Staatsschuldenkrise hat gezeigt, dass sie noch nicht vorüber ist. In Italien hat sich keine absolute Mehrheit für eines der Lager ergeben. Zwar eroberte das Mitte-Links-Bündnis von Bersani mit einer sehr dünnen Mehrheit das Abgeordnetenhaus, im Senat behielt aber Berlusconi eine blockierfähige Minderheit. Eine Koalition ist nur in Kombination beider Lager möglich. Konflikte sind daher vorprogrammiert. Sollte nicht bald eine Regierung stehen sind baldige Neuwahlen wahrscheinlich. In den letzten 30 Tagen sind die Preise für deutsche Staatsanleihen wie Österreichische oder Englische und US Amerikanische Papiere gestiegen.

3. Aktien Indizes

3.1. ATX

Der ATX bewegte sich im Februar leicht volatil seitwärts. Am meisten haben in den letzten 30 Tagen Andritz, OMV und Wienerberger zugelegt. Während in der gleichen Periode Raiffeisenbank International, Telekom Austria und EVN am meisten fielen. Insgesamt haben sich 6 Aktientitel aus dem Index in der Berichtsperiode nach oben bewegt und 14 nach unten. Den stärksten Verkaufsdruck gab es europaweit bei den Bankenaktien. Negative Börsenvorgaben kamen aus den USA und Asien als die Fed Sitzungsprotokolle veröffentlicht wurden. Aus diesen ging hervor, dass mehrere Mitglieder des Offenmarktausschusses bei der vergangenen Sitzung die Sorge äußerten das Anleihen Kaufprogramm vorzeitig abzubrechen. Inflationsrisiken und mögliche Blasenbildungen wurden

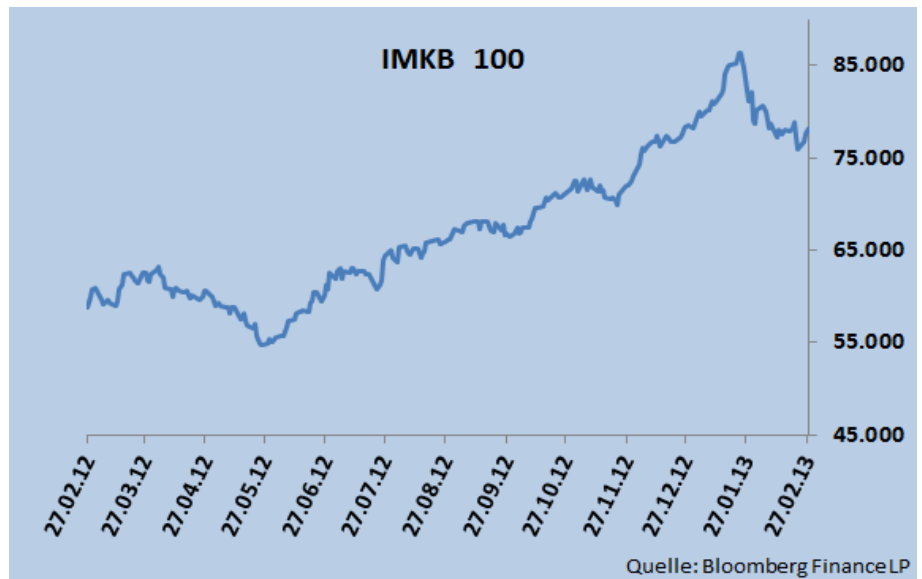




als Gründe genannt. Erst bei der Anhörung im Bankenausschuss des Senats machte Fed Chairman Bernanke eine Fortsetzung der Staatsanleihen Käufe deutlich.

3.2. Börse Istanbul (IMKB)

Nachdem rasanten Anstieg in 2012 hat die Istanbuler Börse Ende Januar mit einer Korrektur begonnen. Der Februar war geprägt von dieser Korrektur. Es sah kurzfristig so aus als wäre das Schlimmste an der europäischen Staatsschuldenkrise vorüber. Also ist in Westeuropa das Vertrauen in die heimischen Aktienmärkte zurück gekehrt. Mit dem Vertrauen sind ausländische Investoren teilweise in ihre Heimmärkte zurückgekehrt. Der Wahlausgang in Italien hat jedoch wieder Unsicherheit in genau diesen ausgelöst. Somit beginnt der IMKB



100 Index gegen Ende Februar seine Erholung. Aus fundamentaler Sicht bietet die türkische Wirtschaft auch in 2013 mehr Wachstumspotenzial als europäische Aktienmärkte. Mit einer weiteren Zinssenkung hat die türkische Zentralbank ihren weiteren Kurs angedeutet. Sie wird in 2013 Wirtschaftswachstum wieder forcieren. Das ist auch gut für die Istanbuler Börse. Die Berichtssaison hat begonnen und bald stehen Dividenden an. Die Top Performer der letzten 30 Tage waren Anadolu Isuzu Otomotiv, Aselsan Elektronik und Borusan Mannesmann. Die Flops im gleichen Zeitraum hingegen Trabzonspor, Ihlas Holding und Rhea Girisim.

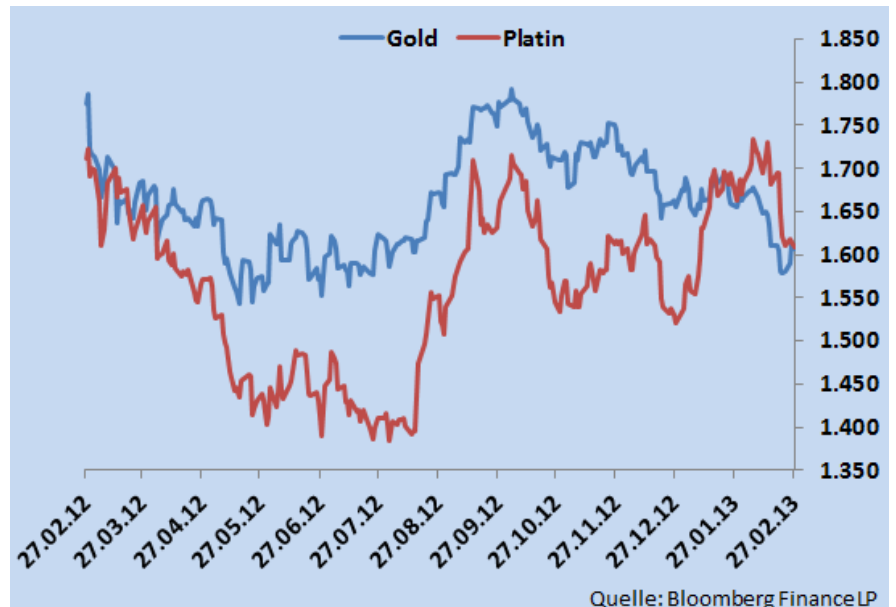
4. Rohstoffe

4.1. Metalle

4.1.1. Gold

Die weltgrößten 10 börsennotierten Goldförderer haben ihre Zahlen veröffentlicht. Darin zeigen sich nur bei drei Unternehmen Ausweitungen. Sieben der zehn Branchengrößen haben 2012 einen Förderrückgang berichtet. Je 3 Unternehmen sind aus Kanada und Südafrika gefolgt von jeweils einem Vertreter aus den USA, Australien, Russland und Peru. Zusammen haben die zehn Branchenfürer 2012 rund 30,9 Millionen Unzen Gold gefördert. Die Vorjahresfördermenge hat noch 32 Millionen Unzen betragen. Die jährliche Fördermenge hat beim Gold aber wenig Einfluss auf den Goldpreis weil nur 10 Prozent in der Industrie angewendet werden. Vielmehr zählt die Schmuck-

nachfrage gefolgt von der Nachfrage im Investmentbereich, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Bei steigenden Inflations- und/oder Krisenerwartungen gilt Gold als sicherer Hafen. Auch die Nachfrage der Zentralbanken ist signifikant und hat in den letzten Jahren zugenommen. In den vergangenen 30 Tagen ist der Preis pro Feinunze Gold (ca. 31,1 Gramm) um 2,91 Prozent auf USD 1.606 gesunken.



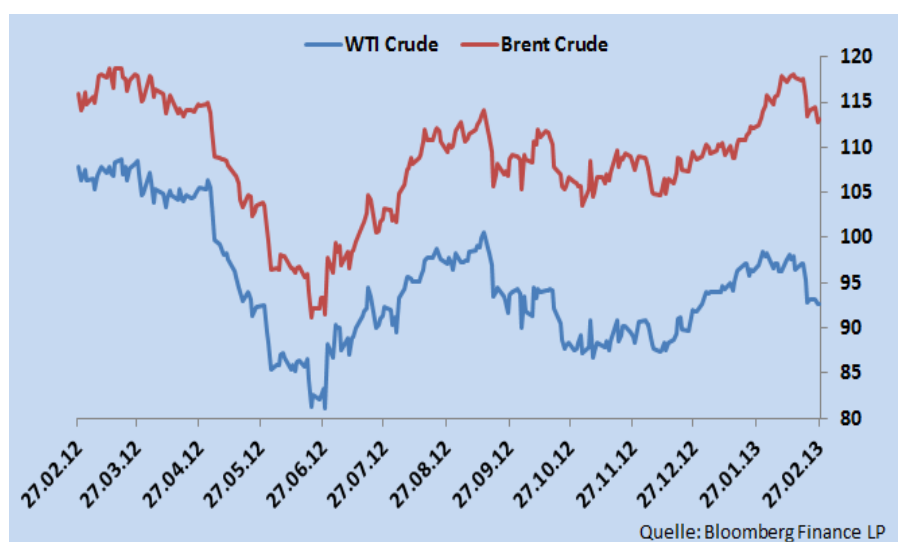
4.1.2. Platin

Beim Platin hat die Fördermenge einen wesentlichen Einfluss auf den Preis da weltweit sehr viel von der Industrie nachgefragt wird. Die Stärke zu Jahresbeginn ist aufgrund von ständigen Unruhen in Südafrikas Minen. Es kommt fast täglich zu tödlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Sicherheitskräften. Das Edelmetall wird vor allem in der Autoindustrie nachgefragt. Steigende Verkaufszahlen aus der Autoindustrie unterstützen auch den Platinpreis. In den vergangenen 30 Tagen ist der Platinpreis über dem Goldpreis geblieben. Mit der Wiederaufnahme der Krisenängste in der Eurozone dürfte sich dies aber ändern. Der Preis für eine Feinunze Platin ist in der Berichtsperiode um 3,28% auf USD 1.609 gesunken.

4.2. Energie

4.2.1. Rohöl

Die Marge zwischen der in Europa verwendeten Rohölsorte „Brent“ und der in den USA zum Einsatz kommenden Rohölsorte WTI weitete sich auch im Februar aus. Seit 12 Monaten ist der Preis von einem Fass (ca. 159 Liter) Brent um 2,55 Prozent zurückgegangen. Die Sorte WTI hat aber im gleichen Zeitraum um 14,21 Prozent nachgegeben. In den letzten 30 Tagen ist Brent um 0,44 Prozent gestiegen. WTI hingegen hat um 4,54 Prozent nachgegeben.



5. Märkte – Monatliche Entwicklung

Wechselkurse	Kurs am 28.2.	% Änderung 1 Monat	Kurs am 28.1.	Rohstoffe	Kurs am 28.2.	% Änderung 1 Monat	Kurs am 28.1.
EUR/USD	1,3129	-3,35	1,3585	Gold Spot \$/Oz	1.589,68	-4,38	1.662,51
EUR/TRY	2,3579	-1,26	2,3881	Silber Spot \$/Oz	28,97	-7,49	31,32
EUR/CHF	1,2211	-1,08	1,2344	Platinum Spot \$/Oz	1.597,20	-4,39	1.670,60
EUR/GBP	0,8633	0,89	0,8558	Palladium Spot \$/Oz	740,88	-0,47	744,65
EUR/JPY	121,1600	-2,34	124,0700	Kupfer Future	357,20	-4,62	374,50
EUR/RUB	40,0853	-1,64	40,7548	Energie	Kurs am 28.2	% Änd. 1 M.	Kurs am 28.1.
EUR/CNY	8,1761	-3,04	8,4325	WTI Rohöl	92,74	-5,34	97,96
USD/TRY	1,7959	2,18	1,7576	Brent Rohöl	112,38	-1,90	114,54
USD/JPY	92,2800	1,04	91,3300	Gasöl	941,25	-3,39	974,25
USD/RUB	30,5308	1,75	30,0056	Heizöl	299,62	-3,93	311,87
USD/CNY	6,2217	0,04	6,2190	Erdgas	3,41	0,62	3,39
Börsen Indizes	Kurs am 28.2.	% Änderung 1 Monat	Kurs am 28.1.	Euribor Eonia	Kurs am 28.2.	% Änderung 1 Monat	Kurs am 28.1.
DAX	7.723,48	-0,68	7.776,05	Eonia	0,056	-21,13	0,071
Euro Stoxx 50	2.616,73	-3,20	2.702,98	Euribor 1 W	0,080	-2,44	0,082
ATX	2.462,22	0,67	2.446,04	Euribor 2 W	0,089	-1,11	0,090
FTSE 100	6.344,17	1,07	6.276,88	Euribor 1 M	0,118	0,86	0,117
Dow Jones	14.075,37	1,55	13.860,58	Euribor 2 M	0,169	-2,87	0,174
S&P 500	1.515,99	1,19	1.498,11	Euribor 3 M	0,209	-6,70	0,224
NASDAQ	2.741,26	0,36	2.731,53	Euribor 6 M	0,334	-9,73	0,370
NIKKEI 225	11.559,36	3,78	11.138,66	Euribor 9 M	0,448	-9,13	0,493
ISE 100	79.026,19	0,33	78.783,47	Euribor 1 Y	0,557	-8,54	0,609
Micex	1.487,38	-3,84	1.546,76	Zins Futures	Kurs am 28.2	% Änd. 1 M.	Kurs am 28.1.
Cac 40	3.696,06	-0,98	3.732,60	BOBL Future	127,55	1,48	125,68
Ibex 35	8.169,20	-2,31	8.362,30	BUND Future	145,11	2,26	141,90

6. Konjunktur

6.1. Preisentwicklung Österreich

6.1.1. Verbraucherpreise

Die Inflationsrate für Januar wurde mit 2,6 Prozent berechnet. Der Rückgang zum Vormonat war aufgrund von minimalen Reduktionen Preisen von Mineralölprodukten (-0,1%). Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag die Inflation um 0,7 Prozent zurück. Wohnen und Nahrungsmittel sind für 40 Prozent des Anstiegs im Verbraucherpreisindex verantwortlich. Im Jahresvergleich war die Gruppe „Wohnung, Wasser und Energie“ hauptverantwortlich. Darin enthalten sind die Untergruppen „Wohnungsmieten mit +4,4 Prozent und Haushaltenergie mit +3,3 Prozent. Wobei Heizöl sogar ein Minus erzielte (-1,2 %), aber Fernwärme um 6,6 Prozent anstieg und Strom um 5,9 Prozent anstieg.

Verbraucherpreise	Jahr	% Veränderung zum Vorjahresmonat
Januar	2013	2,6
Jahresdurchschnitt	2012	2,4
Dezember	2012	2,8
November	2012	2,8
Oktober	2012	2,8
September	2012	2,7
August	2012	2,2
Juli	2012	2,1
Juni	2012	2,2
Mai	2012	2,1
April	2012	2,3
März	2012	2,4
Februar	2012	2,6
Januar	2012	2,8

Quelle: Statistik Austria

6.1.2. Großhandelspreise

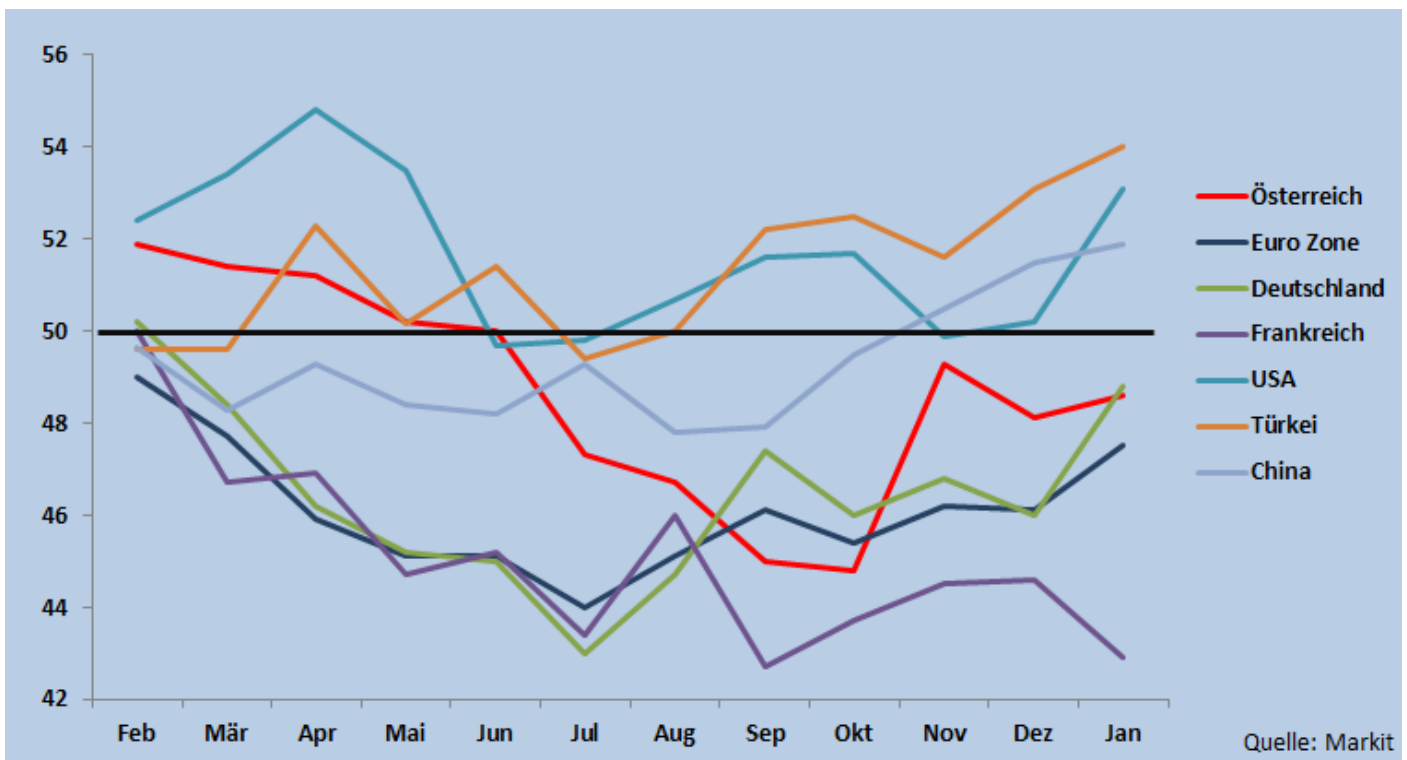
Der Großhandelspreisindex für Januar 2013 beträgt 110,6. Dies entspricht einem Anstieg von 0,3 Prozent gegenüber Dezember 2012 und von 1,6 Prozent gegenüber Januar 2012. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich vor allem die Großhandelspreise für die Landwirtschaft verteuert. Insbesondere waren die Gruppen „Getreide, Saatgut und Futtermittel“ mit einem Anstieg von 25,1 Prozent betroffen. Die Gruppe „Lebende Tiere“ folgte mit plus 10,3 Prozent. Die für die Autoindustrie relevanten „Gummi und Kunststoffe in Primärformen“ verteuerten sich um 9,4 Prozent.

Großhandelspreise	Jahr	% Veränderung zum Vorjahresmonat
Januar	2013	1,6
Jahresdurchschnitt	2012	2,4
Dezember	2012	2,7
November	2012	2,8
Oktober	2012	4,2
September	2012	4,2
August	2012	4,5
Juli	2012	1,2
Juni	2012	0,2
Mai	2012	1,9
April	2012	1,7
März	2012	2,0
Februar	2012	1,5
Januar	2012	1,6

Quelle: Statistik Austria

6.2. Einkaufsmanager Indizes

In den USA stieg der landesweite Einkaufsmanagerindex des *Institute for Supply Management* von 50,2 Zählern im Dezember auf 53,1 im Januar. Der von der US-Autoindustrie geprägte Chicago Einkaufsmanagerindex übertraf mit seinem Anstieg von 50,5 Punkten im Dezember auf 55,6 im Januar alle Erwartungen. In der Türkei setzte sich die wirtschaftliche Belebung fort. Dies signalisierte auch der entsprechende Einkaufsmanagerindex und stieg von 53,1 im Vormonat auf 54,0 im Januar. Auch in China erzielte der Einkaufsmanagerindex ein geringes Plus von 0,4 Punkten im Januar. In Deutschland hat sich die Aussicht unter Einkaufsmanagern verbessert. Der Einkaufsmanagerindex verbesserte sich von 46,0 auf 48,8 Punkte im Januar. Der deutsche Außenhandel erzielte 2012 ein Rekordniveau. Wegen der starken Nachfrage nach deutschen Waren aus Ländern außerhalb der EU übertrafen die Ausfuhren das Vorjahreslevel. Die Handelsbilanz erzielte ein Plus von 188,1 Milliarden Euro und wies damit den zweithöchsten Außenhandelsüberschuss seit 1950 auf. Unter allen Ländern in Beobachtung gab es nur in Frankreich einen Rückgang, von vormals 44,6 auf 42,9 Punkten. Frankreichs Wirtschaftsleistung sinkt wie die untere Grafik zeigt. Wir erwarten, dass sich die Talfahrt zu Jahresbeginn fortsetzen wird. Die Regierung in Paris hat bereits verkündet, dass sie wegen der Wachstumsschwäche ihr Defizitziel von 3 Prozent des BIP verfehlen wird. Die Europäische Kommission gibt Ländern im Konjunkturtief mehr Zeit zum Reduzieren ihres Defizitziels. So hat sie der Regierung in Paris noch ein weiteres Jahr zum Ausgleich seines erhöhten Defizits gegeben. Ein Wert über 50 signalisiert eine verbesserte, ein Indexwert unter 50 eine verschlechterte Einschätzung der Geschäftslage des Industriesektors.





Bei Rückfragen erreichen Sie mich wie folgt:

Mag. Ahmet Hüsrev BILGIN, Economic Research and Development

Tel: 0505105/2430

Email: ahmet.bilgin@denizbank.at

Disclaimer:

Dieser Bericht wurde von DenizBank AG ausschließlich zu Ihren Informationszwecken erstellt. Die in diesem Bericht enthaltenen Angaben, Analysen und Prognosen basieren jeweils auf dem Wissensstand der mit der Erstellung beauftragten Personen bei Redaktionsschluss. Die DenizBank AG behält sich in diesem Zusammenhang das Recht vor, jederzeit ohne vorherige Ankündigung Änderungen oder Ergänzungen vorzunehmen. Die Inhalte dieses Newsletters sind immaterialgüterrechtlich – wie insbesondere urheberrechtlich – geschützt. Die Übernahme von Texten, Textteilen oder Bildmaterial bzw. Vervielfältigung von Informationen oder Daten bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der DenizBank AG. Die Angaben in diesem Bericht wurden von uns sorgfältig recherchiert und nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. DenizBank AG übernimmt jedoch keinerlei Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität der im Bericht enthaltenen Informationen und/oder für das Eintreten der Prognosen. Dies gilt auch für alle anderen Websites, auf die mittels Hyperlink verwiesen wird. Im Wesentlichen wird folgende Quelle verwendet: Bloomberg Finance LP. Jede Anlageentscheidung bedarf der individuellen Abstimmung auf die persönlichen Verhältnisse des Anlegers. Dieser Bericht richtet sich an Kunden, die in der Lage sind, ihre Anlageentscheidungen eigenständig zu treffen und sich dabei nicht nur auf die Analysen und Prognosen von DenizBank AG stützen. Dieser Bericht ist unverbindlich und stellt weder ein Angebot zum Kauf der genannten Produkte noch eine Anlageempfehlung dar.

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: DenizBank AG (FN 142199 t, Handelsgericht Wien), Thomas-Klestil-Platz 1, 1030 Wien Sitz der Gesellschaft: Wien

DVR Nummer: 0845981

Unternehmensgegenstand: Betrieb von Bankgeschäften

Mitglieder des Vorstandes: Ahmet Mesut Ersoy, Mehmet Ulvi Taner, Dr. Thomas Roznovsky, Dr. Edin Güçlü Sözer

Mitglieder des Aufsichtsrates: Hakan Ates, Dr. Kurt Heindl, Derya Kumru, Wouter van Roste

Beteiligungsverhältnisse: Mitglied der Sberbank Gruppe